

und ab 23 August auf 51 000 000 M pro 1000 Stück erhöht worden.

Obersteina. (Abend-Andacht.) Am kommenden Sonntag 6 Uhr wird bei schönem Wetter auch am Obersteinaer Ehrenmal Abendandacht gehalten werden. Das Obersteinaer Musikchor hat freundlichst seine Mitwirkung zugesagt. Gesangbücher sind mitzubringen.

Dresden. (Der Transportarbeiterstreik.) Die Verhandlungen, die am 28. August zwischen den Parteien vor dem sächsischen Arbeitsministerium stattgefunden haben, sind gescheitert. Die Unternehmer boten für die Woche vom 18.—24. August einen Wochenlohn von 18 Millionen Mark und für die laufende Woche 20 Millionen Mark. Die Transportarbeiter lehnten dieses Angebot ab. Der Streik geht weiter.

Dresden. (Ratschläge für die Ausgabe von Lohnscheids.) Der Verband Sächsischer Industrieller schreibt uns: Solange die Zahlungsmittelknappheit andauert, ist es eine Notwendigkeit, daß die von den Industrie-Firmen oder Banken ausgegebenen Lohnscheids oder Notscheids auch vom Kleinhandel, ohne daß Schwierigkeiten gemacht werden, angenommen werden. Auf der anderen Seite empfiehlt es sich, daß Kleinhandel und Konsumenten ihr Augenmerk auf die Veröffentlichungen, die von den Ausgabebestellen in den Zeitungen gebracht werden, richten, so daß sie bei Entgegennahme der Scheids sich von der Richtigkeit überzeugen können, daß es sich in den einzelnen Fällen tatsächlich um Wertscheine der einzelnen Firmen handelt. Den ausgebenen Stellen ist auf der anderen Seite anzuraten, die Scheine so auszustatten, daß die Ausgabebestellen und die Nummern leicht erkennlich sind und eine Nachahmung unmöglich gemacht oder erschwert wird. Es hängt im gegenwärtigen Augenblick außerordentlich viel davon ab, daß der Zahlungsverkehr möglichst glatt und reibungslos von Statten geht und ist daher dieses Zusammenwirken von Detailisten und Ausgabebestellen unbedingt notwendig.

Leipzig. (Von der Leipziger Messe.) Auch am Montag war das Geschäft auf dem Textilmarkt durchaus befriedigend, wenn auch der Umsatz infolge des höher notierten Dollars nicht ganz den Stand des Vortages erreichte. Indes machten einzelne Fabrikanten, besonders aus der Kleiderstoff-, Wirt-, Woll- und Strumpfwarenbranche erhebliche Geschäfte. Verschiedene Firmen ließen verlauten, daß sie an den beiden ersten Wochentagen bereits Umsätze erzielt hätten, wie bisher zu keiner Messe. Die Einkäufer richteten diesmal ihr Augenmerk mehr auf solide dauerhafte Strapazierware. In der Seidenindustrie wurden nur kleinere Geschäfte abgeschlossen.

Riesa. (300-jähriges Stadtjubiläum.) Am Sonnabend und Sonntag wurde hier durch verschiedene Veranstaltungen, unter anderem durch Einweihung eines Stadtmuseums, der 300. Wiederkehr des Tages gedacht, da Riesa Stadt wurde. Der Ernst der Zeit verbot die Veranstaltung eines Heimatfestes in größerem Ausmaße.

Freiberg. (Erwerbslosendemonstrationen.) Am Montag fanden hier wieder Erwerbslosendemonstrationen statt. Rat und Stadterordnete beschloßen, den Verheirateten 8 Millionen und den Ledigen 5 Millionen als Beihilfe zu bewilligen. Für Frau und Kind sollen außerdem je eine weitere Million gewährt werden.

An unsere Leser!

Die Katastrophe im Zeitungsgewerbe.

Wohl oder übel werden in der nächsten Zeit die Zeitungen die Öffentlichkeit noch öfter mit ihren eigenen Angelegenheiten besetzen müssen; letzten Endes sind es ja die Interessen der Öffentlichkeit selbst, die auf dem Spiele stehen, wenn den Zeitungen die Lebensmöglichkeit genommen wird. Nachdem die Berliner Regierungskreise die Zeitungen in den beiden Hauptkategorien ihres inneren Haushaltes, mit dem Papier und den Sezerlöhnen, auf die Dollar- bzw. Goldbasis gestellt haben, ohne danach zu fragen, ob ein schon lange nockleidendes und ganz anders als andere Betriebe geartetes Gewerbe diesem Ansturm standhalten vermag, sind die Zeitungen ganz auf sich selbst und den Willen ihres Leserkreises zum Durchhalten gestellt. Es handelt sich wohl nur um eine Periode des Ueberganges, bis Einkommen, Gehälter und Löhne die Möglichkeit gefunden haben, die steigenden Ausgaben mit den langsamer nachfolgenden Einnahmen in Einklang zu bringen. Aber bei der Ungeheuerlichkeit der den Zeitungen zugemuteten Steigerung ihrer Ausgaben, denen die Einnahmen, trotz der geforderten erhöhten Preise, nicht annähernd zu folgen vermögen, genügt wenige Wochen, vielleicht schon einige Tage, um das Schicksal einer Zeitung zu bestimme, ihren Lebensnerv zu durchschneiden.

Weit schlimmer als die größeren und großen Zeitungen sind die mittleren und kleinen daran. Trotz der ins Gigantische gestiegenen Preise für das Papier (4000 Millionen Mark gegen 2000 Mark Friedenspreis für die Wagenladung) kommt jetzt dieser Faktor für die mittleren und kleinen Zeitungen erst in zweiter Linie in Betracht. Für sie sind es noch den neueren und neuesten Lohnfestsetzungen die Herstellungskosten

für Satz und Druck, die ihnen das Fortbestehen unmöglich machen. Eine große Zeitung hat für Satz und Druck einer Seite nur wenige Bruchteile mehr zu zahlen als ein mittleres und kleines Blatt; sie kann aber diese Kosten auf eine vielfache Anzahl von Lesern verteilen, erhält so Satz und Druck für das einzelne Exemplar also um das 5. oder 10fache billiger als eine kleinere Zeitung. (Sie gibt wohl mehr Papier, nimmt dafür aber höhere Preise und findet einen erheblichen Teil ihrer Deckung in dem größeren Anzeigenteil.) Schon bei den Lohnfestsetzungen der letzten Wochen in Verbindung mit den daraus resultierenden Druckpreisen war es für die mittleren und kleinen Zeitungen trotz der von den Lesern als hoch empfundenen festigen Abonnementspreise kaum noch möglich, das Gleichgewicht zwischen Ausgabe und Einnahme zu finden. Die von voriger Woche ab geltenden Löhne, durch welche allein die technischen Herstellungskosten einiger weniger Zeitungsnummern sich höher stellen als der gesamte Monatspapierbedarf einer mittleren oder kleinen Zeitung, haben gerade für diese ganz unhaltbare Zustände heraufbeschworen, denen diese Zeitungen zunächst machtlos gegenüberstehen. Das Schlimmste dabei aber ist — und darüber haben alle Zeitungen ohne Ausnahme zu klagen — die Flucht der Abonnenten vor dem verteuerten Bezugspreis, durch die aus den oben angeführten Gründen gerade die mittleren und kleinen Zeitungen am empfindlichsten getroffen werden. Hätten diese noch ihre frühere Bezugszahl, wäre der Divisor für die ungeheuren Satz- und Druckkosten für sie ein größerer, dann hätte ihr Leserkreis die Genugtuung, dem Heimatblatte die Lebensmöglichkeit gesichert zu haben. Die Fahrenflucht aber der Bezüge, die selbst die Großstadtpresse empfindlich trifft, muß für die mittlere und kleine Presse in der Provinz zu einem vernichtenden Schlag werden, weil sie die Wirkung der unerträglich hohen Satz- und Druckkosten nicht unerheblich verstärkt.

Nicht von der Fahrenflucht der Leser sprechen wir, sondern der Bezüge. Die Bezugszahl ist wohl gerade den Provinzialblättern treu geblieben, denn das heimatische Blatt, mit dem tausend Fäden den Leser verbinden, wird kaum Eimer entbehren können, der sich nicht außerhalb der heimatischen Gemeindefamilie stellen will. Aber durch das gemeinschaftliche Lesen der Zeitung kann sich die Bezugszahl eines Blattes derart vermindern, daß ihm unter den gegenwärtigen Verhältnissen der Fortbestand auf der Höhe der bisherigen Leistungen zur Unmöglichkeit wird. Wir wissen, daß alle Blätter unter dem gemeinsamen Bezug der Zeitung durch mehrere Leser zu leiden haben, aber wir wissen auch, daß Verhältnisse, wie sie sich in unserem Pulsnitz entwickelt haben, selbst in kleineren und den kleineren Städten des Landes kein Gegenstück finden. Nirgends wird man es finden, daß 4, 5, 6 Familien und mehr gemeinsam das heimatische Blatt halten, daß wohlhabende Geschäftsleute, Landwirte, Beamte (nicht nur mittlere und untere) sich mit einer Anzahl anderer Parteien in den gemeinsamen Bezug des Blattes teilen und all die Unannehmlichkeiten und Nachteile mit in den Kauf nehmen, die ihnen dieses Verfahren bringt, um zu — sparen! Und was sparen sie? Ein Vergleich mit den Preisen anderer, materieller Lebensbedürfnisse, die sie mit anderen nicht teilen wollen, mag ihnen das selbst sagen. Trift an der Zeitung muß gespart werden! Gewiß, viele können nicht anders, wollen sie nicht ganz auf das heimatische Blatt verzichten, aber im allgemeinen bleibt es doch eine bedauerliche Eigenart gerade unseres Kreises, daß so viele, die es sich recht gut leisten könnten, sei es nur aus Gedankenlosigkeit oder weil sie glauben, dem suggestiven Beispiel Anderer folgen zu sollen, sich und ihre Familie ohne eigenliche Not in ihren geistigen Bedürfnissen eine derartige Beschränkung auferlegen und gerade dort sparen, wo sie sich aus erster Quelle manche wertvolle Information holen könnten. Vielleicht ist es nur ein Uebergang, vielleicht bedarf es für manchen erst noch einer kurzen Gewöhnung an den Gedanken, daß auch in einer Periode der Preissteigerung der Mensch nicht von Brot allein leben kann — für die Zeitungen jedenfalls ist es eine Lebensnotwendigkeit, daß diese Erkenntnis recht bald kommt. „Nach dem Verbrauch der Seife beurteilt man die Kultur einer Nation“ hieß es früher einmal. Seitdem ist die Welt fortgeschritten, und heute heißt es: Nach seinen geistigen Bedürfnissen ist ein Volk einzuschätzen. — Der sozialistisch gesinnte Arbeiter bleibt seiner Zeitung treu, Bürger, tue desgleichen.

Der Bezugspreis für die erste Septemberhälfte beträgt
für Selbstabholer M 900 000,—
frei Haus „ 920 000,—.

Wir ersuchen, diesen Betrag freundlichst für unsere Boten bereitzuhalten.

Unsere werten Leser aber bitten wir, durch fernere Opferwilligkeit das Fortbestehen ihrer Heimatzeitung zu ermöglichen. Ueber 75 Jahre ist sie der Bewohnererschaft von Pulsnitz Stadt und Land ein gern gesehener Gast und treuer Begleiter gewesen. Helft ihr durch weiteres Abonnieren und rettet sie hinüber in eine glücklichere Zukunft.

Der Verlag.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Eisenach, 29. August. (Die Not der deutschen Presse.) Der Verein deutscher Zeitungsverleger (Herausgeber deutscher Tageszeitungen) hatte wegen der ungeheuerlich verschärften Notlage im Zeitungswesen zum gestrigen Mittwoch eine außerordentliche Hauptversammlung nach Eisenach einberufen. Trotz der Ungunst der Verhältnisse und obwohl gerade heute der Zeitungsverleger in seinem Betriebe notwendiger als je ist, war die Versammlung sehr gut besucht, ein Beweis dafür, daß die deutsche Zeitungswirtschaft mit ihr die deutsche Presse niemals vor entscheidenden Entschlüssen gestanden hat, wie gegenwärtig. Die Versammlung nahm in eingehenden Erörterungen, die sich bis zum späten Abend hinzogen, zu allen Fragen Stellung, die augenblicklich die Notlage der Zeitungsverleger so gewaltig gesteigert haben, hauptsächlich zu den übertriebenen über den Friedensstand hinausgeschneitten Löhnen, die allgemein im Zeitungswesen nicht bezahlt werden können. Die Versammlung nahm hierzu einstimmig eine Entschließung an, in der ausgesprochen wird, daß die Auswirkung der Löhne für die Beteiligten als verhängnisvoll betrachtet werden und daß herabgesetzte Löhne das Schicksal der deutschen Presse in kurzer Zeit besiegeln müssen. Die Entschließung ist sofort den zuständigen Reichsstellen übersandt worden. Weiterhin beschäftigte sich die Versammlung mit der allgemeinen bisherigen Berechnungsweise und der allen über den Hausen werfenden Gestaltung der Papierpreise und den außerordentlich verschärften Zahlungsbedingungen für Druckpapier. Die Versammlung war der Ansicht, daß der Papierpreis von rund vier Milliarden Mark für den Waggon noch die die auf dem Dollar fassenden Zahlungsbedingungen für die deutsche Presse tragbar sind. Die Versammlung nahm im Anschluß daran eine weitere Entschließung an, dahingehend, von den zuständigen Wirtschaftsstellen zu verlangen, daß die neuerdings geforderte Wertbeständigkeit bei Bombardierung von Papier und sonstigen Materialien sowie bei Wechselkursen für Betriebszwecke für das Zeitungswesen angelehrt der außerordentlich bebrängten Lage der deutschen Presse in Fortfall kommt. Die Versammlung erörtere dann eingehend die neuen Steuererlasse. Sie hatte vor allen Dingen große Bedenken gegen die neue Lohnsteuer, die sich wegen der außerordentlich hohen Festlegung bei den an sich schon nicht rentierenden Zeitungsbetrieben geradezu schmerzhaft auswirken würde, da der Faktor der Wirtschaftlichkeit nicht berücksichtigt, der darin liegt, daß die Zeitungen ein viel größeres Personal halten müssen, als wirtschaftlich angemessen wäre. Eine Reihe weiterer Maßnahmen, um für den Zeitungsverlag aus der gegenwärtigen Krise so viel als möglich zu retten, wurden noch eingehend erörtert. Die Zeitungsverlage müßten ihre Leser auf den Ernst der Lage aufmerksam machen. Die Leserschaft sei verantwortlich, daß die deutsche Presse über die Schwierigkeiten der nächsten Wochen hinwegkomme.

Frankreich.

Paris, 28. August. (Die belgische Antwortnote an England.) Die belgische Antwortnote an England wurde heute vormittag veröffentlicht. Sie besteht aus fünf Teilen: Einem kurzen Begleitschreiben, einer ausführlichen Antwort auf die englische Note vom 11. August einem zusammenhängenden Exposé über die belgische Reparationspolitik, einer Schlussfolgerung und einem Anhang. Die Note lehnt sich fast vollständig an die französische Note an, was nach den vorausgegangenen Anleihenverhandlungen mit Frankreich nicht weiter verwunderlich ist. In der Einleitung der Antwort auf die Note der englischen Regierung wird zunächst verwiesen, daß die Grundsätze zur Herbeiführung einer Lösung der verschiedenen Fragen nicht geändert würden. Es wird festgestellt, daß die Stelle der englischen Note über die Britischen Hinterlassenschaften, in Belgien einen peinlichen Eindruck hinterlassen habe. Die belgische Regierung werde eine praktische Lösung suchen, welche die entscheidende Zustimmung aller Verbündeten finden könne. 1. werden die Gründe angegeben, warum auf den englischen Antwortentwurf an Deutschland nicht eingegangen wurde. 2. wird die Annahme der englischen Regierung, die belgische Regierung bestrebe darauf, daß ihr Vorschlag ohne die Annahme von Verhandlungen angenommen werde, als ein Mißverständnis erklärt. Diese Forderung sei von Belgien nie aufgestellt worden. 3. führt die Note zur Legalisierung der Ruhrbesetzung die gleichen Fälle auf, wie die französische Note und betont, die belgische Regierung habe nur die Maßnahmen zur Anwendung gebracht, die schon vorher von den Verbündeten vorgeesehen worden seien. 4. lehnt die belgische Regierung die Auffassung ab, wonach sie entschlossen sei, die Besetzung der Ruhr aufzugeben, sobald andere gleichartige produktive Pländer gefunden seien. Sie sei anfänglich als bloße Kontrollaktion gedacht gewesen, aber dieser Charakter sei infolge des passiven Widerstandes abgeändert worden. Wenn der passive Widerstand aufgehört haben werde, sei die belgische Regierung bereit, zum ursprünglichen Besetzungszustand zurückzukehren. Die Besetzung könne aber nur im Verhältnis zu den deutschen Zahlungen aufgehoben werden. 5. weiß die

Note
seiner
itäts-
land
und
bezog
Solba
Frank
hände
Belg
schen
wird
tritt
gena
Artee
ber
Arleg
Staat
markt
Böhl
etnem
land
zu be
schlag
reubst
frische
den
Gebiet
auf b
Handl
den se
zwiseh
also v
eigen
legen
hande
Allen
heraus
streng
nisch
„Sour
haben
tember
ausger
italien
ist ein
in der
Absond
einjam
Baumst
die In
und w
getraut
für Al
um ein
Sache
zweifel
und be
den Ei
Maßna
schwerl
rechnen
gehende
Die
10)
ein und
Gedanke
eine Gran
das Gl
und sah
seltam
D
mich ber
„V
herausch
ich noch
Lebensm
„U
mir mit
Mutter
St
klingen
In
Damen
flecker na
es im Au
über Tir
kanstam
ihre Zeit
Europa
Ra
Dingen e
ferat erla
erlebte
Ein
auch in
das Dan
geliefert
immer b
des Gele
kürzen, b
Ruste dan
Er